

Achsenbruch im Wüstensturm

(Der Irak-Krieg)

Von: Ludger Volmer, Berlin, September 2006

(Veröffentlicht: September 2011)

Washington, Dezember 2004, leichter Schneefall, vorweihnachtliche Stimmung, piekfeines Restaurant, Candlelight Dinner. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat zur Diskussion geladen. Ich bin da, um als Außenpolitischer Sprecher meiner Fraktion amerikanischen Freunden Auskunft zu geben. Schon bei ihrer Begrüßungsrede liefert die Böll Büroleiterin mich ans Messer. „Er gehörte zu denen, die die NATO abschaffen wollten.“ Das ist zwar ebenso dumm wie falsch, tut aber seine Wirkung. Der Vertreter des „American Enterprise Institute“ fällt über mich her. Laut, ungehobelt, pöbelig. Ein Parteigänger der Fundamentalistentruppe rund um das Weiße Haus. Das also waren Bushs außenpolitische Berater. Die Böll-Stiftung hat, aus Angst, des Antiamerikanismus geziehen zu werden, ihre Dialogstrategie sehr weit nach rechts ausgeweitet. Die feinsinnigen Ostküstenintellektuellen reagieren wenig amüsiert auf den rustikalen Auftritt des Bush-Freundes. Tom Buhro, ARD-Korrespondent, der mir gegenüber sitzt, kennt solche Ausfälle, greift mäßigend ein.

Wir diskutieren Strategien gegen den internationalen Terrorismus. Der Nahostkonflikt mit palästinensischen Selbstmordattentaten bedrückt alle, der israelische Mauerbau die meisten. Die jüdischen Gesprächspartner verteidigen das Bollwerk und bestreiten die palästinensischen Ansprüche auf die Grenzen von 1967: „Die grüne Linie ist nicht die endgültige Begrenzung.“ Friedlicher Interessenausgleich steht hier nicht auf dem Programm, sondern Durchsetzung von Machtansprüchen. Im Zentrum der Diskussion die Irakpolitik. Hatte sie Erfolg gehabt?

Gegen Afghanistan, das die Terroristen vom 11.9. beherbergt hatte, zurückschlagen, die Taliban vertreiben, den organisierenden Kern von Al Qaida militärisch bekämpfen und das Land

auf einen demokratischen Pfad führen – die erklärte Phase 1 des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus war Mitte 2002 abgeschlossen. Sie war völkerrechtlich legal gewesen, politisch und ethisch legitim, halbwegs effektiv. Was aber nun? Wie sah die Phase 2 aus? Vom Kulturdialog, den wir Europäer predigten, hielt die Bush-Regierung wenig. Zu wenig verstand sie auch von den Seelenlagen fremder Völker. Ihre technischen Aufklärungsmittel waren fantastisch. Aber wer konnte diesen Datenwust eigentlich interpretieren? Was fehlte, war HumInt, die menschliche Intelligenz. Zu wenige arbeiteten in den Regierungsapparaten, die in der Lage wären, Beweggründe fremder Völker zu enträtseln. Stattdessen dominierte die einfache Rasterung nach Gut und Böse. Statt Empathie krude Interessenorientierung.

So war der Irak auf der „Achse des Bösen“ platziert worden. Nicht erst von Bush jr. Eine Gruppe von rechtsgerichteten Intellektuellen war mit ihren Plänen schon im Januar 1998 bei Präsident Clinton hausieren gegangen, dort aber abgeblitzt. Verständlich, wenn man die Pläne las:

„...In the long term, it means removing Saddam Hussein and his regime from power. That now needs to become the aim of American foreign policy. We urge you to articulate this aim, and to turn your Administration's attention to implementing a strategy for removing Saddam's regime from power. This will require a full complement of diplomatic, political and military efforts...”¹

Den „Neokonservativen“ passten die Ergebnisse des zweiten Golfkrieges nicht, besonders nicht Saddams Überleben. Sie wollten den Irak final attackieren und darüber hinaus alle despotischen Nachbarländer, die halbe arabische Welt. Mit Feuer und Schwert sollten Despoten gestürzt und Demokratien hineingezwungen werden. Kreuzzügler des 21. Jahrhunderts. Ein aberwitziger Plan! Aber es waren die Unterzeichner solcher Briefe, die entscheidenden Einfluss auf George W. Bush gewannen. Dick Cheney wurde sein Vizepräsident, Donald Rums-

feld Verteidigungsminister, Paul Wolfowitz dessen einflussreicher Vize, Richard Armitage Militärplaner, John Bolton später UNO-Botschafter. Und einige andere mehr. Leute, wie mein „Gesprächspartner“ beim Candlelight Dinner. Ihr Rat an Bush am 20.11.2001, also kurz nach den Angriffen auf New York und Washington:

“...But even if evidence does not link Iraq directly to the attack, any strategy aiming at the eradication of terrorism and its sponsors must include a determined effort to remove Saddam Hussein from power in Iraq. Failure to undertake such an effort will constitute an early and perhaps decisive surrender in the war on international terrorism...”²

Im Auswärtigen Amt kannten wir die Papiere und den Einfluss dieser Leute. Deshalb waren wir gar nicht überrascht, als bereits kurz nach 9/11 in Weißem Haus, Pentagon und Langley die Debatte über eine Invasion des Irak als Phase 2 des Kampfes gegen den Terrorismus losging. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk, der mich am Tag nach Neujahr zu den absehbaren außenpolitischen Entwicklungen des Jahres 2002 fragte, warnte ich davor, nun den Irak ins Visier zu nehmen. So weit ich sehe, was dies die erste Äußerung eines deutschen Regierungsmitglieds zum Thema. Die Resonanz blieb zunächst gering.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 3. Februar 2002 wagten Paul Wolfowitz und Senator John McCain einen ersten öffentlichen Vorstoß Richtung Irak. Richard Perle, Pentagon-Berater, Neocon und Unterzeichner der zitierten Schreiben, assistierte: George W. Bush wolle Saddam auf jeden Fall stürzen, auch gegen den Willen der Europäer. Am nächsten Tag wies ich in einem ZDF-Interview diese Äußerungen scharf zurück, lehnte einen Irakkrieg ab und betonte – für alle Fälle –, dass es keine deutsche Beteiligung geben würde. Ähnlich äußerte sich Claudia Roth.

Mein Interview war - wie üblich - zuvor nicht in der Koalition abgesprochen. Doch schien die Stimmung dort eindeutig. Ich wusste aus Erfahrung, dass die Beamten im Auswärtigen Amt genau zuhören und meine Auffassung in ihre Vorlagen an den Minister schreiben würden. So indirekt lief oft die Kommunikation und Meinungsbildung. Bundeskanzler und Außenminister versuchten jedoch, um eine Auseinandersetzung mit dem Weißen Haus zu vermeiden, meine Worte als privaten Diskussionsbeitrag zu relativieren. Sie hätten volles Vertrauen, dass Präsident Bush keine verhängnisvollen Entscheidungen treffe. Was sollten sie auch sonst sagen? Man suchte die Bedrohung zu bannen, indem man sie in die zweite Linie verdrängte. Doch der Disput der Stellvertreter war nun in allen Medien, eine Diskussion nahm ihren Lauf, die in der deutschen Ablehnung des Krieges gipfeln sollte.

Im Laufe der nächsten Wochen wurde uns zur Gewissheit, dass die Falken im Weißen Haus die Oberhand gewinnen würden. Wir fragten uns nur, wie die Amerikaner diese unsägliche Wendung des Geschehens nun begründen und einfädeln würden. Aha: Saddam Hussein sollte über Massenvernichtungswaffen verfügen, mit denen er unmittelbar die Nachbarschaft und den Weltfrieden gefährde. Das also war die Legitimation. War sie triftig? Der Auswärtige Ausschuss im Bundestag zumindest stellte diese Frage zu recht und verlangte bereits im März 2002 einen Bericht der Bundesregierung zur Lage im Irak.

Die Berichterstattung fiel mir zu. Auf der Wissensbasis unserer Ministerien und Dienste versuchte ich, eine möglichst genaue Bedrohungsanalyse zu präsentieren. Der Bericht differenzierte nach Planung, Produktion und Einsatzfähigkeit sowohl von Trägerraketen als auch von atomaren, biologischen und chemischen Gefechtsköpfen. Fazit: Am bösen Willen des Diktators gab es keinen Zweifel. Es existierten Planungen, auch erste Produktionsanlagen für Mittelstreckenraketen. Mittelstreckenraketen, so lehrt die Militärgeschichte, taugen wegen ihrer mangelnden Zielgenauigkeit und der enormen Kosten nicht für kon-

ventionelle Sprengköpfe. Als Erweiterung der Artillerie sind sie untauglich. Sie machen nur als Transporter von Nuklearmaterial „Sinn“. Saddam hatte mit seinen Massakern an der kurdischen Bevölkerung längst bewiesen, dass er Willens war, Massenvernichtungswaffen einzusetzen. Auch hatte er Raketen auf Israel geschossen. Genauso zweifellos konnte aber festgehalten werden, dass er jetzt, Anfang 2002, weit von deren Einsatzfähigkeit entfernt war. Einsetzbare, moderne, zielgenaue Mittelstreckenraketen waren nicht zu erkennen, eben so wenig eine atomare Waffenproduktion. Die Existenz chemischer Kampfstoffe, die den zweiten Golfkrieg überstanden hatten, war nicht auszuschließen, aber unwahrscheinlich. Die UNO-Inspektorengruppen hatten hier systematische Vernichtungsarbeit geleistet, trotz aller Behinderungen. Biologische Stoffe konnten nicht aus der Ferne aufgeklärt werden, weil sie in jedem Privathaushalt herstellbar sind. Aus all diesen Einzelerkenntnisse ergab sich das eindeutige Bild: Eine unmittelbare Bedrohung existierte nicht, weder für die Nachbarn, noch für den Weltfrieden. Aber eine weitere Inspizierung des Irak schien nötig.

Der Ausschuss war in seiner übergroßen Mehrheit von dieser Einschätzung überzeugt. Sie wurde durch spätere Vorträge unseres Nachrichtendienstes untermauert. Nur ein vorwitziger CDU-Abgeordneter, außenpolitischer Einflüsterer von Angela Merkel, rannte gern zur Presse, um das Gegenteil zu behaupten. Besonders als im Ausschuss über angebliche mobile Produktionsstätten für biologische Kampfstoffe berichtet worden war. Der entsprechende Vortrag war eindrucksvoll gewesen, bunte Grafiken von den fahrbaren Laboren, aber kein wirklicher Beweis ihrer Existenz. Die Frage nach der Zuverlässigkeit dieser Informationen drängte sich auf: „Dafür gibt es einen Informanten“, hieß es. „Nur einen?“ „Ja, einen. Der scheint glaubwürdig. Gesichert gelten Fakten bei zwei unabhängigen Informanten.“ Also: reine Spekulation. Später stellte sich der „Informant“ als Wichtigtuer und Scharlatan heraus.

Dennoch benutzte Colin Powell genau diese „Informationen“ bei seinem denkwürdigen Auftritt vor der UNO am 5.2.2003, mit dem er Gefahr in Verzug melden und zum Angriff blasen musste. Als ich seinen Auftritt im Fernsehen sah, stockte mir der Atem. Genau der Diavortrag, der uns Monate zuvor im Ausschuss gehalten worden war und den wir als unseriös bewertet hatten. Mehr hatten sie nicht?! Auf eine solche Scharlatanerie wollten sie ihre Kriegspläne stützen?! „Die ‚Lastwagenkolonne‘ in der Nähe einer ‚mit biologischen Waffen stehenden Anlage‘...konnte nach Ansicht unserer Experten genauso gut mit der in dieser Jahreszeit statt findenden Auslieferung von Impfstoffen in Verbindung gebracht werden“, schrieb der Leiter der UNO-Inspektion, Hans Blix, später.³ Wir hatten Powell für unseren Freund gehalten, unseren heimlichen Verbündeten in Bushs Administration. Hatten ihm die Besonnenheit und die Kraft zugetraut, diesen Krieg vielleicht doch noch abzuwenden. Jetzt demütigte Bush den verdienten General des zweiten Golfkriegs auf diese entwürdigende Art und Weise. Powell spielte ein unglaubliches Theater vor. Uns war klar, hier wird eine Art Tonking-Zwischenfall⁴ konstruiert.

Bereits kurz vor Weihnachten 2002 hatte ich im Ausschuss – nun nicht mehr Staatsminister, sondern außenpolitischer Sprecher meiner Fraktion – den Minister gefragt, ob es sich bei der amerikanischen Informationspolitik um eine strategisch angelegte Desinformationskampagne zur systematischen Irreführung der Weltöffentlichkeit handele. Fischer hätte die Frage als Verschwörungstheorie zurückweisen können; tat es aber nicht. Powell hat sich später für seinen Auftritt entschuldigt und wie Bush und Tony Blair darauf berufen, von der CIA falsch informiert worden zu sein. Wenn das mal stimmt. Auf meine Frage im Ausschuss, ob andere Dienste über mehr und bessere Informationen verfügten als unsere, hieß es klipp und klar: „Nein. Wir tauschen alles aus.“ Wenn also wir deutschen Abgeordneten wie die UNO-Inspektoren auf derselben Informationsbasis Zweifel an den Biowaffenlabors hegten und zudem von Desinformation ausgingen, wie kann dann die amerikanische Füh-

rung behaupten, sie sei getäuscht worden? Wer hätte sie zu täuschen gewagt, wenn auch sie Zweifel geäußert hätte? Die CIA, eigenmächtig? Oder muss es nicht eher anders herum gewesen sein: die Amerikanische Führung verlangte von der CIA – ob wahr oder unwahr – belastenden Material.

Die Spekulationen um die Biowaffen fielen leider auf fruchtbaren Boden. Nicht zuletzt, weil Friedbert Pflüger, Angela Merkels Mann für die Weltpolitik, sie der Öffentlichkeit als wahr verkaufte. Er verlangte einen pro-amerikanischen Kurs, d.h. – den festen Willen der USA zur Kriegsführung unterstellt – im Endeffekt einen Pro-Kriegs-Kurs. Infam an seinen Interviews war, dass wir anderen Abgeordneten uns an die Geheimhaltungspflicht hielten und die Kassandrarufe der CDU nicht durch detaillierte Argumente widerlegen konnten, die zu viel von der Arbeit unserer Dienste preisgegeben hätten. „Da seht Ihr’s“, triumphierte der CDU-Vormann nach Powells Märchenstunde vor der UNO, „da sind die Beweise. Oder misstraut Ihr Eurem Freund etwa auch?“ Er glaubte, endlich Saddams „rauchenden Colt“ gesehen zu haben, der ihm das Recht zum Parforceritt an der Seite der Amerikaner verlieh.

Bereit im Sommer 2002 wurde uns der Verdacht zur Gewissheit, dass die USA eine komplette Invasionsarmee zusammenzuziehen begannen. Hier ging es nicht darum, Druck aufzubauen, damit Saddam mit der UNO kooperierte. Alle Signale und Informationen, die wir aus Washington erhielten, deuteten darauf hin, dass die Strategen - ungeachtet der öffentlichen Nebelkerzen - fest zum Angriff entschlossen waren.⁵ Für sie war dies die Phase 2 des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus. Genau so entschieden waren wir dagegen. Nicht weil wir an Saddam irgendetwas sympathisch gefunden hätten, sondern weil er mit dem internationalen Terrorismus, der von Al Qaida ausging, nichts, aber auch gar nichts zu tun hatte. Mehr noch, wir befürchteten, dass dieser verhängnisvolle Schritt den Westen in den Augen der arabischen Welt noch mehr ins Unrecht setzen und die Terrorgefahr weiter verschärfen würde.

Unser Problem: die Bundesregierung konnte nicht öffentlich die USA des falschen Spiels und der Kriegstreiberei bezichtigen, zumal ohne militärischen Druck Saddam erneuten UNO-Inspektionen wohl nicht zugestimmt hätte. Wir konnten weder unsere Geheimdienstinformationen offen legen, noch behaupten, dass unser wichtigster Verbündeter lügt. Stattdessen begann ein zähes politisches und diplomatisches Ringen um Informationen und ihre Deutungen, Verfahrensweisen und ihre Konsequenzen, Mandate und ihre Ermächtigungen.

Das Tauziehen mündete am 8.11.2002 in die UNO-Resolution 1441. Diese löste das Problem nicht wirklich, sondern bildete fortan die Arena der Auseinandersetzung. Dabei war die Resolution selbst schon eine Niederlage für die Kriegsgegner. Sie verhinderte zwar die sofortige Ermächtigung oder Selbstermächtigung der USA zum Angriff, indem sie erneut eine UNO-Inspektion zur Abklärung der strittigen Frage nach chemischen und biologischen Waffen einsetzte. Zugleich aber tat sie etwas unerhörtes, sie drehte auf amerikanischen Druck hin die Beweislast um: nicht mehr der Ankläger musste beweisen, dass Saddam dieses Teufelszeug besaß, sondern dieser musste seine Unschuld beweisen. Eine kaum einzulösende Forderung. Mit diesem Dreh konnten die USA die Daumenschrauben immer fester ziehen. Denn der Despot musste seinen guten Willen zur Kooperation aktiv unter Beweis stellen; wenn nicht – dann...Ja was dann? Dann würden „ernsthafte Konsequenzen“ folgen. Das hieß notfalls auch Waffengewalt. Aber wer hatte darüber zu entscheiden, ob der Irak kooperierte oder gegen die Auflagen „materiell verstieß“? Brauchte es einen offiziellen Feststellungsbeschluss des Sicherheitsrates oder durfte eine Supermacht samt coalition of the willing einfach sagen, uns reicht`s.

Die deutsche Haltung war klar: Die Vorwürfe gegen Saddam Hussein müssten ausgeräumt, die offenen Fragen nach chemischen und biologischen Kampfstoffen geklärt werden. Am besten durch eine Inspektorengruppe der UNO. Wir wussten, dass

dieser Vorschlag den Amerikanern nicht behagte. Schließlich hatte der Irak in der Vergangenheit UNO-Inspektoren immer wieder an der Nase herumgeführt. Dennoch, diese hatten mehr Waffen vernichten können als zuvor George Bush Srs. Desert Storm. Besaß der Irak noch einsatzfähige Reste? Wie viele neue Waffen produzierte er heimlich, die die Aufklärung vielleicht nicht erfasst hatte? Und wo versteckte er sie? Scheinbar rationale Fragen, die aber unter dem beschlossenen Vorzeichen der Beweislastumkehr ins Irrationale und Willkürliche umschlugen: wenn Saddam keine Waffen herausgab, hieß das, dass er log oder dass er keine besaß? Wenn er auch keine Verzeichnisse über produzierte Stoffe aushändigte, wollte er dann täuschen oder gab es einfach keine mehr? Wenn die Inspektoren keine gefährlichen Stoffe fanden, hieß dies, dass keine existierten oder dass man noch besser suchen musste? Wie intensiv sollte man dann forschen – musste man auch Saddams Paläste durchsuchen, wie die Amerikaner forderten, weil dort die Giftküchen verborgen seien? Und damit Saddam bis aufs Blut provozieren, weil man von ihm den totalen Gesichtsverlust in der arabischen Welt verlangte? Der politische Grenzwert solcher Fragen läuft auf das Extremszenario hinaus: ist die Tatsache, dass nichts gefunden wurde, nicht der Beweis dafür, dass man das Land militärisch besetzen muss, um es richtig auf den Kopf stellen zu können? Mit 1441 hatten die Amerikaner die Kriegsgegner des Alten Europa in die Falle laufen lassen.

Die UNO Mission von Hans Blix und Mohammed El Baradei leistete hervorragende Arbeit, auch wenn Saddam nicht den Eindruck machte, er wolle seine letzte Chance auf Frieden nutzen. Dessen waren sich die objektiven Beobachter einig. Schröder und Fischer mahnten Saddam immer wieder eindringlich zu kooperieren; dies sei die einzige Möglichkeit, einen Krieg zu vermeiden. Das war nicht als Unterstützung der amerikanischen Drohgebärden zu verstehen. Im Gegenteil: hinter der Mahnung stand das Wissen um den unbedingten Angriffswillen der USA, der nicht durch gute europäische Worte, sondern nur durch die weiße Fahne in Bagdad zu verhindern war.

Die Inspektoren selbst händigten Saddam nie einen Persilschein aus, beklagten seine Sperrigkeit, aber beharrten auf einem Weiterführen der Mission. Doch die Amerikaner zogen alle Register, die Inspektoren in schlechtes Licht zu rücken. Wenn diese nichts fanden, dann hatten sie eben schlecht gesucht. Den ultimativen Beweis dafür sollte Colin Powell mit seiner UNO-Show liefern. Was da lief, war offensichtlich. Ich fragte den Minister kurz vor dem Jahreswechsel 2002/03 im Ausschuss, ob die Amerikaner ihren Aufmarsch eigentlich noch stoppen, gar rückgängig machen könnten. „Haben die USA nicht längst den ‚point of no return‘ erreicht?“ Auf ähnliche Fragen in den Wochen zuvor hatte Fischer geantwortet, man müsse die Amerikaner beim Wort nehmen, dass der militärische Druck der Unterstützung der UN-Inspektionen diene. Das hatte immer zuversichtlich klingen sollen. Doch wolkig verklausuliert verbarg Fischer nun seine Resignation. Wir wussten, es würde bald losgehen! Aber Kanzler und Außenminister konnten sich nicht einfach öffentlich hinstellen und sagen, die Amerikaner belügen uns, weil sie einen längst beschlossenen Krieg unbedingt vom Zaun brechen wollen und nun eine offizielle Begründung brauchen.

Die CDU-Opposition kokettierte mit der amerikanischen Position, die CSU trotz aller Rhetorik eher mit der Regierung. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Wolfgang Schäuble, philosophierte über Erstschläge. Die Partei- und Fraktionsvorsitzende Angela Merkel und ihr außenpolitischer Sprecher Pflüger warfen dem Bundeskanzler vor, er habe sein Nein zum Irakkrieg zu absolut und undiplomatisch formuliert und so eine gemeinsame Strategie mit den Amerikanern vereitelt. Sein Wahlkampfauftritt habe die Beziehungen zu Bush zerstört. Und er habe die UNO düpiert, weil er selbst für den Fall einer UNO-Resolution eine deutsche Beteiligung an einer Intervention im Irak ausschloss. Kurz: seine Kriegsgegnerschaft sei reine Wahlkampfmasche mit großem außenpolitischem Schaden.

Die Kritiker hatten offensichtlich die Vorgeschichte seit Jahresbeginn nicht mitbekommen, sich die Lage und die amerikanischen Motive schön geredet. Für sie war offensichtlich die Irakkrise erst im Wahlkampf auf die Tagesordnung geraten, und sie hingen immer noch der Illusion an, ein freundliches Verhältnis zu Bush hätte diesen umstimmen und in eine friedliche Strategie einbinden können. Doch Bush musste seinen Wählern beweisen, dass er im Kampf gegen den Terror nicht nachließ. Der Irakkrieg war das Projekt seines innenpolitischen Überlebens. Es war aus missionarischem Eifer entstanden, mit religiösen Letztbegründungen, die sich einem rationalen Diskurs entzogen. Die UNO war im Herbst 2002 längst nicht mehr souveräne Entscheidungsinstanz, sondern Arena erbitterter Auseinandersetzung. Mit einem Sicherheitsratsbeschluss pro Intervention war schon wegen eines russischen, chinesischen oder französischen Vetos nicht zu rechnen. Das konnte man antizipieren. Im Ernst: Hätte Schröder im Wissen darum heucheln sollen, falls der Sicherheitsrat doch das Plazet für einen Einmarsch im Irak geben sollte, dann wäre Deutschland dabei? Und durfte Deutschland, obwohl keine Vetomacht, nicht auch ein klares Wort sagen, ein klares „Nein“ zum Krieg, um eine entsprechende Meinungsbildung in der UNO zu fördern? Die Opposition übertünchte ihre Zerrissenheit in dieser Frage durch die Schmähungen gegen Schröder, er betreibe einen deutschen Sonderweg. In außenpolitischen Fragen war wohl Duckmäuserium angesagt.

Die Europäer! Gab es die überhaupt? Hätte Schröder sich für einen gemeinsamen Standpunkt der EU einsetzen können, der dann den USA angetragen würde, wie es die Opposition forderte? In Wirklichkeit war Europa längst in seine Nationalstaaten zerlegt, noch bevor die Debatte die Öffentlichkeit erreichte. Bush hatte ganze Arbeit geleistet. Der Reihe nach hatte er die Staatschefs angerufen und special relationships angeboten, die jeweils besondere bilaterale Freundschaft beschworen. Die britische Waffenbrüderschaft, die den Nordatlantik schmaler als den Ärmelkanal erscheinen ließ, stand ohnehin nicht in Frage.

Italiens Berlusconi sah die wunderbare Chance, endlich als Staatsmann anerkannt zu werden und Deutschland transatlantisch auszustechen. Spaniens nörglerischer Aznar fühlte sich umworben, konnte von der Randlage ins Zentrum rutschen und endlich Frankreich übertrumpfen. Polen, vor die Wahl gestellt, entschied sich für den Sicherheitsgaranten USA gegen den misstrauisch beäugten deutschen Nachbarn, ironischerweise nicht zuletzt wegen des Treibens der Vertriebenenfunktionäre in der CDU/CSU. Einzelne kleinere Europäer mochte der Ärger über ein zu großes Gewicht der deutsch-französischen „Achse“ gewurmt haben. Die EU-Präsidentschaft brachte keine Integrative Kraft auf. Noch bevor die Meinungsbildung in der Bundesregierung abgeschlossen war, gab es kein Europa mehr. Es hatte sich erwiesen, dass ein Anruf aus Washington in einer europäischen Hauptstadt mehr bewirken kann als alle Aufrufe zu europäischer Gemeinsamkeit. Mitte 2002 schien Deutschland mit seiner Ablehnung der amerikanischen Strategie sogar isoliert. Uns schlug aus den Medien unverhohlen Håme entgegen. Ein halbes Jahr später befanden wir uns in bester Gesellschaft – und in der Mehrheit. Und die Medien wollten es immer schon gewusst haben.

Ein wichtiger Partner war Frankreich geworden. Die deutsch-französischen Konsultationen funktionierten. Ein Grund für CDU/CSU, Rot-Grün „Achsenbildung“ vorzuwerfen. Dabei hatte die Union kurz zuvor noch gebarmt, Schröder vernachlässigte die deutsch-französische Freundschaft, und sie hatte versucht, dies als Oppositionsthema hochzuziehen. Zufällig aber jährte sich Anfang 2003 der Elysee-Vertrag zum 50. Male, und auf verschiedenen Ebenen führte die Betonung der weiteren engen Freundschaft zu gemeinsamen Beratungen, z.B. der Auswärtigen Ausschüsse beider Länder. CDU/CSU hätten sich freuen sollen. Sie waren nicht nur bei den Feierlichkeiten in Versailles mit von der Partie, sondern ihr Vordenker Schäuble hatte doch kurz zuvor noch ein Kerneuropa mit Frankreich und Deutschland als treibenden Kräften gefordert. Nun versuchte Pflüger in der gemeinsamen Sitzung der Außenpolitischen Ausschüsse

die Vertreter der französischen Schwesterpartei gegen Schröder/Fischer aufzubringen – und holte sich eine derbe Abfuhr.

Verlässlich war Frankreich auch, als die USA kurz vor Kriegsausbruch versuchten, die Europäer mit dem bekannten Trick doch noch in eine Kriegsallianz zu manövrieren – mit der Zusage eines mehrwöchigen Moratoriums, um Saddam eine letzte Chance zu geben, und dem Verlangen, nach dessen Verstreichen eine Militäraktion mit zu tragen. Uns war längst klar, die USA würden keine Äußerung Saddams als den verlangten „Unschuldsbeweis“ gelten lassen, und das Moratorium war zeitlich so bemessen, dass die Angriffspläne nicht durcheinander geraten konnten. Hätten wir dem zugestimmt – und auf eine solche Konsequenz lief die Politik der CDU unweigerlich hinaus -, würden heute auch unsere Jungen und Mädchen im Irak verbluten.

Noch verwerflicher fand die CDU die „Achse“ Berlin-Paris-Moskau. Der Begriff war grob beleidigend gemeint. Aber was war falsch daran, Moskau in die Beratungen über die Verhinderung eines unsinnigen Krieges einzubinden? Weil dies die guten Beziehungen zu Washington störte? Und hatte nicht der Kosovo-Konflikt bewiesen, dass man Russland einbinden musste? Moskau war kein Paria, sondern G8-Partner und der NATO in einem Pakt verbunden. Die Einheit des Westens war durch die USA geopfert worden, durch deren unilaterale Entscheidung zum Krieg, die bilaterale Spaltungspolitik und die Verhöhnung der multilateralen Ebene.

Wie hätte denn eine gemeinsame Strategie der Europäer aussehen können? Hätten sie im Bunde mit den USA die Führungsmacht wirklich von der Militäraktion ablenken können? Wohl kaum. Aber wir Europäer hätten dann mit im Boot gesessen. Mit gefangen, mit gehangen. Einmal im Bündnis, einmal der völligen Loyalität verpflichtet, wären wir nicht mehr heraus gekommen. Aus ihrer Sicht nicht unlogisch, hätten die USA gesagt: wer mit bestimmen will, muss alle Risiken mit tragen. Es

wäre dasselbe Junktim gewesen wie beim Kosovokonflikt. Wir hätten die Bereitschaft der Amerikaner zu Dialog und Verhandlungen mit dem Zugeständnis erkaufen müssen, im Falle der Fälle mitzumachen. Die Lehre aus dem Kosovokonflikt lautete: nicht noch einmal!

Dabei waren die Unterschiede gravierend, wie eine Beurteilung nach den Kriterien Legalität, Legitimität und Effektivität zeigt:

Was die Legalität angeht, war der Kosovoeinsatz umstritten. Gemessen am positiven Recht war er illegal, gemessen daran, wie Rechtsetzung im Völkerrecht geschieht, konnte man ihn begründen: mit der Lücke im Völkerrecht bei innerstaatlichen Verbrechen, die es auch auf dem Wege einer neuen Praxis zu schließen gelte. Diese Debatte über die Weiterentwicklung des internationalen Rechts vom zwischenstaatlichen Recht zum wirklichen Völkerrecht dauert noch an: wie können Völker geschützt werden, wenn der Staat, dem sie angehören, sein Gewaltmonopol gegen sie missbraucht? Muss zur Verhinderung eines Völkermords nicht die alte Formel von der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aufgehoben werden, um humanitäre Interventionen zu legalisieren? Der Irakkrieg aber war in jeder Hinsicht illegal. Es gab kein Mandat des Sicherheitsrates und es drohte keine Gefahr, die nur unter Verletzung bestehender aber veralteter völkerrechtlicher Normen abzuwehren war. Die USA entschieden eigenmächtig, dass der Irak seine Verpflichtungen massiv verletzt habe; der Krieg brauche keine Mandatierung durch den UNO-Sicherheitsrat, weil er dem Ziel diene, bereits vorhandene Resolutionen der UNO durchzusetzen.

Legitim, d.h. ethisch berechtigt, fast ethisch verpflichtend, war der Kosovoeinsatz durchaus. Es ging darum, einen drohenden Völkermord zu verhindern. Aus dem Widerspruch von Legalität und Legitimität ergab sich die Diskussion über die beschriebene Weiterentwicklung des Völkerrechts. Beim Irak-Einsatz war gar nichts legitim. Es gab keinen drohenden Völkermord, der nicht

anders zu verhindern war. Als die USA merkten, dass ihre Propaganda – Saddam habe Massenvernichtungswaffen und unterstütze den internationalen Terrorismus - nicht zog, schoben sie kurzer Hand eine neue Legitimationsfigur nach. Jetzt sollte es um regime change gehen, um das, was die Neocons bereits in ihrem Memorandum von 1998 gefordert hatten. Auch einige deutsche Dichter und Denker fanden es intellektuell, in Saddam den neuen Hitler zu sehen und räsonierten, bei jeder konkreten Kenntnis der Lage, dass man dreinschlagen solle. Warum aber gerade Saddam? Warum nicht andere? Es gab eine Reihe vergleichbarer Despoten in der Welt. Warum gerade jetzt, da die anderen Gründe für eine Militärintervention sich blamierten? Hatte man nicht durch Sanktionen, das oil-for-food-Programm, die Kontrollflüge über das schiitische und kurdische Gebiet die Lage halbwegs im Griff? Gab nicht die sich abzeichnende Nuklearpolitik des Nachbarn Iran erheblich mehr Anlass zu Besorgnis? Hatten Entwicklungspolitiker der CDU/CSU nicht ein Jahr zuvor noch, verbunden mit Angriffen auf Rot-Grün, Lockerung der Sanktionen gefordert, weil der Irak keine Gefahr mehr darstelle und Unterstützung brauche! Damals hatte ich für die Regierung dagegen gesprochen, weil Saddam noch unberechenbar sei. Der Sturz des Regimes - das war nun nicht nur eine völlig andere Zielsetzung, sondern lief der ursprünglichen geradezu zuwider! Denn Sturz des Regimes bedeutete, dass Saddam nun alle Register ziehen müsste, um Position und Leben zu verteidigen. Hätte er wirklich die Massenvernichtungswaffen gehabt, die ihm angedichtet wurden, wäre für ihn die Zeit gekommen, sie einzusetzen. Der amerikanische Begründungswechsel bedeutete entweder die Aufforderung an Saddam „Schurke, zieh!“. Oder er bedeutete, dass der Schurke gar keine Massenvernichtungswaffen hatte. Durften wir uns dermaßen an der Nase herumführen lassen?

Was die Effektivität angeht, kann man dem Kosovo-Einsatz mindestens zugute halten, dass er den beginnenden Völkermord gestoppt, den Konflikt zwischen Albanern und Serben unter die Ebene militärischer Gewalt gedrückt und somit die

Chance auf eine friedliche Lösung eröffnet hat. Was die Effekte eines Irak-Kriegs anging, schwante uns von Anfang an nur Böses.

Selbst wenn die USA es schaffen sollten, mit ihren überlegenen Hightech-Streitkräften die mittelmäßige Dritte-Welt-Armee des Irak in kurzer Zeit zu besiegen – was wäre dieser militärische Sieg eigentlich wert? George Bush Sr. und General Colin Powell hatten den Marsch auf Bagdad im zweiten Golfkrieg wohlweislich vermieden, weil sie die Frage nach dem „Danach“ nicht beantworten konnten. An der Situation hatte sich eigentlich nichts geändert. In Bundestagsreden malte ich schwarz: Würde der Irak nicht zerfallen in seine drei großen ethnisch-religiösen Gruppen, Kurden, Sunniten und Schiiten? Würden die besiegten Sunniten, die Sympathisanten Saddams, sich integrieren oder den Guerillakrieg aufnehmen? Würden bei den Kurden wieder großkurdische Visionen mächtig und wie reagierte dann die Türkei? Bekämen wir dann ein Sicherheitsproblem an einer Nato-Grenze? Was, wenn nach freien Wahlen die Schiiten die Regierung stellten – verbündet mit dem Iran, dem amerikanischen Erzfeind? Wie hielten es die Amis dann mit dem demokratischen Anspruch. Wer würde überhaupt für Ordnung sorgen, gäbe es Bürgerkrieg? Wann könnte eine Besatzungsarmee wieder abziehen? Und letztlich: wäre ein militärischer Sieg wirklich ein effektiver Schlag gegen den internationalen Terrorismus oder würde er diesem neue Sympathisanten zutreiben? Die Zukunft war wie ein offenes Buch zu lesen: ein Krieg, auch ein Sieg gegen den Irak, würde mehr Probleme schaffen als lösen.

„Arabischer Nationalismus und islamistischer Fundamentalismus sind in der arabisch-islamischen Welt zwei unvereinbare Gegensätze. Der arabische Nationalist Saddam Hussein hat mit dem islamistischen Fundamentalisten Osama Bin Laden nichts gemein. Sie sind Gegenspieler! Ein Angriff auf den Irak läuft Gefahr, dass sich die verfeindeten Strömungen gegen den Westen verbünden. Nicht nur gegen die USA, auch gegen uns.

Der Irak wird zum Hort eines Fundamentalismus werden, der er bisher nicht war. Das Land könnte so nach dem Sieg über Al Qaida neue Basis für neue terroristische Gruppen werden. Diese Strategie wird den Terror fördern, den sie zu bekämpfen vorgibt“, so lautete damals in zahlreichen Reden und Interviews meine Kernbotschaft, bei Rot-Grün weitestgehender Konsens.

Dass aus einem Sturz Saddam Husseins Demokratie erwüchse, war eine gewagte Behauptung. Eine Diktatur, so verdammenswert sie ist, ist eine stabile Herrschaftsform. Wenn man sie beseitigen will, muss man die Frage beantworten können, ob danach Demokratie kommt – oder das Chaos! Und ob aus dem Chaos vielleicht neue, noch schlimmere Gewalt erwächst, gar ein „Gottesstaat“. Wie waren denn eigentlich die Taliban in Afghanistan entstanden? Und Al Qaida? Rekrutierten sie sich nicht auch aus den so genannten afghanischen Arabern, den vom Westen unterstützten, von der CIA ausgebildeten Kämpfern gegen die sowjetische Invasionsmacht? Zumindest musste man befürchten, dass ein völkerrechtswidriger und illegitimer Angriff auf den Irak neue Wut und neuen Hass bei der Jugend der arabischen Welt säen würde. Viel Frustration über bescheidene Lebensperspektiven würde sich in Militanz verwandeln, ein idealer Nährboden für neue Generationen von Terroristen.

Heute sind all diese düsteren Prophezeiungen eingetreten. Massenvernichtungswaffen gab es keine. Der Westen hat noch mehr an Glaubwürdigkeit verloren, im Irak regiert das Chaos, und der Terrorismus hat neue Netzwerke gebildet.

Januar 2003, Münchener Sicherheitskonferenz. Außenminister Fischer im Gespräch mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Rumsfeld. Der Amerikaner will die europäische Sicherheitscommunity zum Krieg überreden. Fischers lakonische Antwort: „Ich bin nicht überzeugt.“ Doch der Rubikon war längst überschritten. Die USA konnten und wollten nicht mehr zurück. Der Wahnsinn nahm seinen Lauf – ohne uns. Er zerlegte Bag-

dad, er zerlegte den Irak, er zerlegte die westliche Glaubwürdigkeit und er zerlegte politisch das zerstrittene Europa.⁶

Bis zum Schluss berichtete Ulli Tilgner für das ZDF von den Bombenangriffen auf Bagdad. In seinen zu Recht preisgekrönten Reportagen sahen wir die gespenstischen Leuchtspuren der Geschosse, sahen, wie Saddams Denkmal vom Sockel stürzte. Genau zwanzig Jahre zuvor war Tilgner der erste Berater der grünen Bundestagsfraktion für Nahostpolitik. Er brachte uns bei, die innere Differenzierung der arabisch-islamischen Welt zu erkennen. Aber seine Haltung zum Nahostkonflikt passte nicht jedem der damals tonangebenden Grünen, die meinten, ihre Reputierlichkeit durch einseitige Bekenntnisse zu Israel demonstrieren zu müssen. Die grüne Position zum Irak-Krieg gründete nicht zuletzt in Tilgners früherem Wirken.

Zu Beginn der Krise hatte Joschka Fischer einige Vorstandsleute und Außenpolitiker der Grünen zu einem vertraulichen Gespräch im kleinsten Kreise geladen. Wir berieten unsere Strategie. Am Ende war uns klar, es gibt nur einen Weg: Beim Krieg machen wir nicht mit. Aber wir ergreifen in Deutschland keine Maßnahmen, die die Amerikaner unnötig vergrätzen und möglicherweise die NATO zerstören. Wir mussten Partei und Regierungskoalition zwischen zwei Klippen hindurch steuern. Die eine war die Brüskierung der Amerikaner, die andere die Brüskierung unserer Friedensfreunde und Parteibasis. Wir durften nicht aus Angst vor der einen Seite frontal in die Klippen auf der anderen manövrieren. Wir mussten mitten hindurch und wussten, dass es auf beiden Seiten Schrammen geben würde. Aber eben keinen Totalcrash. Mit massiver Kritik von beiden Seiten mussten wir rechnen. Von Transatlantikern, die uns an der Seite der USA sehen wollten, und von Friedensbewegten, die verlangten, den Amerikanern aktiv in den Arm zu fallen. Wir waren uns bewusst, die Regierung muss ihre Schritte bis ins Einzelne plausibel machen. Kritiker brauchen nur zu zürnen, den Nachweis der Logik ihrer Haltung verlangt niemand. Das gehört zur Demokratie. Zur Demokratie gehören aber auch Leute mit Füh-

rungskraft, die in schwierigen Situationen einen Kurs zu bestimmen und durchzuhalten in der Lage sind.

Schon bei den Koalitionsgesprächen 1998 hatten Günther Verheugen und ich uns auf grobe Leitlinien zu Einsätzen der Bundeswehr verständigt. Es war klar, dass die radikalpazifische Idee eines Teils der Grünen, die Bundeswehr aus allen Konflikten herauszuhalten und am liebsten in ein ziviles Hilfswerk zu konvertieren, nicht durchhaltbar und nicht sinnvoll war. Wir Grünen hatten aber darauf bestanden, dass vor dem Einsatz von Streitkräften alle Mittel der zivilen Prävention und Konfliktbearbeitung ausgeschöpft sein müssten. Und schnell waren sich SPD und Grüne über ein Szenario einig: „Auf keinen Fall machen wir bei einem Irak-Krieg mit.“ Das war zu einer Zeit, als der Kosovo-Einsatz noch drohend vor uns lag. Unausgesprochen gingen wir davon aus, dass im Kosovo alle grünen und sozialdemokratischen Träume von der Zivilisierung der Außenpolitik ihre Grenzen finden könnten. Aber niemand wollte auf die schiefe Bahn regelmäßiger bewaffneter Interventionen oder gar militärisch-offensiver Interessenvertretung geraten. Wir kannten das gerade erschienene, oben zitierte Memo der Neocons an Clinton. „Ein Irak-Krieg ist die Deadline.“ Das meinte auch Gerd Weißkirchen, außenpolitischer Sprecher der SPD, der im Nahen Osten ansonsten Israel zuliebe, entgegen seinem friedlichen Naturell, auch eine härtere Linie mit zu tragen bereit war. Wir waren gewiss, dass eine Irak-Intervention nicht legitim und legal sein könnte. Von der Effektivität ganz zu schweigen. Die Ereignisse ab Anfang 2002 gaben uns Recht.

„Kein Blut für Öl“, lautete das Motto der Demonstrationen gegen den Irak-Krieg. Ging es um Öl? Indirekt und in letzter Instanz vielleicht auch darum. Als Investitionsprogramm rechnete sich die Intervention jedoch nicht. Dieses Öl war zu teuer. Es war eher ein ideologischer Krieg, den die Neocons vom Zaune brachen. Aber noch eine andere Erklärung drängte sich auf. Wer war Al Qaida? Ein Netzwerk, eine Bande, eine verbrecherische Nichtregierungsorganisation? Jedenfalls kein Staat. Aber sie

hatten einem Staat, der Führungsmacht der westlichen Welt, den Krieg erklärt. Es war ein asymmetrischer Kampf. Banden gegen Staat, zu Kerosinbomben umfunktionierte Passagierflugzeuge gegen die atomare Hightech-Armee, privatisierte Gewalt gegen Völkerrecht und staatliches Gewaltmonopol. Welche Waffen, welche Instrumente hatten die USA für solche asymmetrische Kriege? Die Taliban waren vom Staat Afghanistan beherbergt worden. Ein Militärschlag gegen Afghanistan erweckte zumindest den Anschein eines symmetrischen Krieges – Staat gegen Staat. Dafür stand das Militärarsenal zur Verfügung. Doch wie den Terrorismus in der Phase 2 bekämpfen, als die Taliban von der Macht vertrieben waren? Besaßen die USA Mittel und Methoden für den asymmetrischen Kampf gegen ein schwer definierbares terroristisches Netzwerk? Statt diese Frage ernst zu nehmen und mit den Europäern zu beraten, wollten die USA – so schien es mir - den Supermachtstatus nicht in Zweifel ziehen lassen, sich nicht als handlungsunfähig darstellen, gar zum Multilateralismus wenden und – funktionierte einen asymmetrischen Konflikt kurzerhand in einen symmetrischen um. Man hatte keine Waffen gegen den wirklichen Feind. Also erfand man einen Feind, gegen den man Waffen hatte. Indem der Irak nun zum Feind Nr.1 erklärt wurde, hatte man wieder einen Staat als Gegner, einen symmetrischen Konflikt

Man ist ja geneigt, in all den bösen Geschichten das Gute zu suchen. Was könnte gut an dem Zerwürfnis zwischen den USA und den Europäern gewesen sein? Vielleicht das neue Bewusstsein der Europäer, sich doch wieder mehr um Gemeinsamkeiten zu bemühen. Die europäische Sicherheits- und Verteidigungsstrategie nicht bei der militärischen Infrastruktur zu beginnen, sondern bei der Formulierung eines „gemeinsamen Standpunktes“. Denn schließlich hat es daran gehapert.

Die Bundesregierung verfolgte in der Irak-Krise drei Ziele: einen Krieg verhindern, wenn dies nicht gelänge, dann zumindest Deutschland heraushalten und uns drittens in dieser Position nicht isolieren. Ziel eins wurde verfehlt, wir hatten keine Chan-

ce. Die anderen beiden Ziele wurden erreicht. Gegen eine Opposition, die uns in den Augen der Amerikaner und der internationalen Gemeinschaft zu blamieren versuchte.

Deutschland hatte Selbstbewusstsein gezeigt, zeigen müssen. Ohne das Selbstbewusstsein der Rot-Grünen Regierung stünden deutsche Truppen heute unweigerlich im Irak. Aber ein solches Bewusstsein speist sich nicht aus einem Nationalismus, wie uns die CDU einreden wollte, die aller Rhetorik von „deutschen Interessen“ zum Trotz, bereit war, sich dem amerikanischen Führungsanspruch unterzuordnen. Selbstbewusstsein heißt, die eigene Rolle in der Welt selber zu definieren, nicht nur nach Interessen übrigens, sondern auch nach universellen Werten. Der Irak-Krieg verstieß gegen beide. Selbstbewusstsein des wiedervereinigten Deutschlands heißt auch, dass der Dank, den wir den Amerikanern schulden wegen ihres Kampfes gegen Hitlerdeutschland und wegen des Sicherheitsschirms im Kalten Krieg, uns nicht verpflichtet, uns in jeder Situation unterwerfen müssen.

Dabei hatte sich die Bundesregierung immer um Schadensbegrenzung auch gegenüber den USA bemüht. Wir Regierungsgrünen hatten dabei die üblichen Diskussionen mit unseren radikalen Friedensfreunden in Kauf zu nehmen. Sie warfen uns vor, die Manövriermöglichkeiten der Amerikaner in Deutschland nicht beschnitten zu haben. Im Klartext: sie verlangten aktiven Widerstand gegen die USA. Strittig waren besonders die Überflugrechte, die Bewachung von Kasernen, die Nutzung der Airbase. Eine wunderbare Möglichkeit für Schlaumeier, sich in Szene zu setzen. Aber: Was hätte aktiver Widerstand bedeutet? Den USA die Nutzung verbieten? Wie das Verbot durchsetzen? Deutsche Polizei gegen amerikanisches Militär? Eine Wahnsinnsvorstellung. Mein eigenes politisches Denken wurzelte im Pazifismus, aber diese, jeder Verpflichtung zur Rationalität enthobene, Radikalität desavouierte den Pazifismus, verlieh ihm sektiererische Züge. Ein politischer Pazifismus nach meinem Verständnis versuchte, den Krieg zu verhindern, eine

deutsche Teilnahme zu vermeiden und dennoch den Schaden im transatlantischen Verhältnis möglichst eng zu begrenzen.

Die rot-grüne Regierung hat immer betont, dass die Differenz in der Irakfrage nicht der Auftakt sein dürfe für einen generalisierten Antiamerikanismus. Im Gegenteil, wir haben uns bemüht, den politischen Kollateralschaden klein zu halten. Jedes unserer Argumente gegen einen Angriff auf den Irak hatte starke Vertreter in den USA selbst. Nicht zuletzt der alte Realist Samuel Huntington, der einen Krieg der Zivilisationen prophezeit hatte, wendete sich vehement gegen eine westliche Attacke. Zugleich räumte er damit ein Missverständnis aus. Sein Text war bisher meist als Voraussage eines unabwendbaren Schicksals der Menschheit interpretiert worden, dem Autor wurde deshalb Kulturpessimismus vorgeworfen. Nun stellte er klar: zum „clash of civilisations“ käme es nur, wenn der Westen nicht lernte, andere Kulturen in ihrer Verschiedenheit zu respektieren. Ein harter Einwand gegen die fundamentalistischen Gotteskrieger aus Texas.

Als Saddams Armee geschlagen schien und Bush den „Sieg“ ausrief, hatte ich eine Fernsehdiskussion mit Hans-Ulrich Klose. Während der SPD-Kollege hoffte, dass nun das irakische Volk, ähnlich wie das deutsche nach der Befreiung vom Nationalsozialismus, mit wehenden Fahnen zur Demokratie überlaufen würde, wagte ich die These, dass der Krieg nur sein Gesicht wandle: „Die Saddam-Anhänger werden einen Guerilla-Krieg führen, gegen den die Amerikaner nicht ankommen werden.“ Bei aller Kritik aber an der amerikanischen Politik hätten auch wir Deutschen ein Interesse daran, dass die USA halbwegs heil aus dem Schlamassel heraus kämen: „Wenn die USA einen unsinnigen Krieg beginnen, ist das schlimm, noch schlimmer ist es, wenn sie ihn verlieren.“ Das ist eine der Paradoxien der westlichen Welt, in denen sich auch das deutsche Sicherheitsdilemma spiegelt. Was macht die Welt – diese Frage steht hinter dem Bonmot -, wenn die Supermacht – und sei es aus eigener Schuld - Ansehen und Einfluss verspielt? Eine Weltordnung

als Pax Americana ist nicht attraktiv. Aber ist eine ohne oder mit einem aus Schwäche und Frust introvertierten Amerika attraktiver? Haben wir Europäer dann weniger Probleme?

Pikanterweise hat man von Fischer nie den Satz gehört, der Irak-Krieg sei völkerrechtswidrig. Er sprach immer von unterschiedlichen Auffassungen – den deutschen und den amerikanischen. Seine eigene Meinung war klar, aber er räumte ein, dass andere Auffassungen ähnliche Gültigkeit beanspruchten. In der Tat argumentieren amerikanische Rechtsgelehrte nicht ungeschickt, wenn sie die Ermächtigung zum Krieg aus Resolutionen ableiten, die in der Konsequenz des zweiten Golfkrieges entstanden waren. Auch deutsche Pazifisten, die in der Kurdistan-Solidarität geübt waren, argumentierten ähnlich, wenn sie die militärische Luftüberwachung des kurdisch-irakischen Raumes durch die amerikanische und britische Luftwaffe nicht als Waffeneinsatz geißelten, für den es keine Rechtsgrundlage gebe. Auch sie bezogen sich auf alte Resolutionen. Ohne Heuchelei war der Widerspruch zwischen der Ablehnung amerikanisch-britischer Waffengewalt und der Verteidigung kurdischer Menschenrechte nicht zu bewältigen. Dennoch: Die Resolution 1441 hatte einen neuen Mechanismus eingeführt, und nach deutscher Meinung suspendierte dieser den alten.

Für den deutschen Außenminister war die völkerrechtliche Indifferenz eine kluge Haltung, wohl die einzig mögliche. Hätte er definitiv, als einzig denkbare Rechtsauffassung, darauf bestanden, der Angriff sei völkerrechtswidrig, so hätte dies die verfassungsmäßige Verpflichtung Deutschlands nach sich gezogen, den USA auf deutschem Territorium Einschränkungen aufzuerlegen. Dies hätte den absoluten Bruch mit den USA bedeutet, den es zu vermeiden galt. Mit ihrer Kritik zwangen „Friedensbewegung“ und die selbsternannten Wahrer der grünen Lehre den Parteifreund Fischer geradezu, den Amerikanern mehr Legalität zuzugestehen, als er es – ungefragt - getan hätte. Nur so konnte er einen Widerspruch zwischen Völker- und Verfassungsrecht vermeiden. Mit ihrer undurchdachten Kritik waren es

letztlich die Kritiker selbst, die den USA Legitimation verschafften.

Einen Krieg nicht mitzumachen, den man für falsch hält, ist die eine Sache, einem Verbündeten, der ihn für richtig hält, in den Arm zu fallen, ist etwas ganz anderes. Es mag historische Situationen geben, in denen das geboten ist. Aber in dieser Situation hätte es den politischen Selbstmord Deutschlands bedeutet. Der Krieg wäre dadurch nicht verhindert worden. Die Amerikaner hätten ihre Stützpunkte in andere Länder verlagert. Polen war schon lange begierig darauf. Aber Deutschland wäre als ein bedeutender Pfeiler der transatlantischen Brücke zusammengebrochen. Das transatlantische Bündnis wäre auf Dauer zerstört gewesen. Nun gibt es manche Abenteurer, die genau dies für wünschenswert hielten und ihren Antiamerikanismus hinter einem angeblichen Pazifismus verbargen. Plausible Antworten aber auf die Frage nach einer europäischen Sicherheitspolitik ohne Bündnis mit den Amerikanern vermochten sie nicht zu geben.

Ein zentrales Erlebnis hatte ich in dieser Hinsicht in der Kosovo-Krise: Auf meine Frage an einen engen Freund, wie denn ohne Intervention und eine deutsche Beteiligung der drohende Völkermord zu verhindern sei, hieß es: „Wenn eine Intervention sein muss, dann können es doch die Amis machen.“ Selbst mitten in Europa also sollten die Amis, die andererseits des Dominanzstrebens bezichtigt werden, für die Europäer die Kastanien aus dem Feuer holen! - Nach und nach kamen mir die Freunde abhanden.

Ich fühlte mich mit meinen Einschätzungen der Irak-Krise recht sicher, wusste auch – anders als im Kosovo-Konflikt – die grüne Partei hinter mir. Eines Tages rief ein erschreckter Jürgen Trittin an: „Bist Du sicher, dass Joschka Kurs hält und uns nicht wie im Kosovo in einen Krieg zieht?“ Ich konnte den Umweltminister beruhigen. An Joschkas Willen, im Irak den Kriegsdienst zu verweigern, bestand für mich kein Zweifel. Aber zu Trittin ka-

men mir plötzlich Fragen. Wenn er meinte, dass Joschka uns im Falle des Kosovo in einen Krieg gezogen hatte – ungerechtfertigt wohl, denn sonst hätte Trittns Besorgnis keinen Sinn gemacht -, warum hatte er dann damals nicht widersprochen? Hatte er den Kosovo-Einsatz mitgetragen, obwohl er ihn für falsch, zumindest vermeidbar hielt? War dem Umweltminister die Debatte zu heikel, die ihn entweder das Regierungsamt oder seine linke Basis hätte kosten können? Damals war es mein Job, die Parteilinke, als deren Sprecher ich galt, auf den Regierungsrealismus zu orientieren. Andere hielten sich fein raus oder versuchten, die Parteilinke in Opposition zur eigenen Regierung zu führen, um sich flugs als neue linke Leitfiguren zu installieren, und feixten, weil ich meine innerparteiliche Basis aufs Spiel setzte.

Letztlich ist für uns Europäer die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit den USA auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes unverzichtbar. Selbst wenn die USA manchmal Teil des Problems zu sein scheinen – gerade dann ist ein Dialog nötig. Wenn der Atlantik breiter würde, hätten wir nicht weniger, sondern mehr Probleme. Zudem haben wir Europäer noch nicht bewiesen, dass wir zu einer gemeinsamen Außenpolitik willens und in der Lage sind. Auch angesichts der neuen Bedrohungen, für welche die Amerikaner nach unserer Meinung nicht immer die richtige Antwort bereithalten, wäre eine Aufkündigung des Miteinanders fatal. Aus einem Nebeneinander würde früher oder später ein Durcheinander und Gegeneinander. Aber das deutsche Selbstbewusstsein in der Irakfrage hat auch signalisiert, dass der größere Partner konsultieren muss und uns nicht umstandslos für seine unilateralen Vorentscheidungen rekrutieren kann. Auch der Toolbox-Ansatz, nach dem die USA sich die Werkzeuge aus der Kiste kramen, die sie gerade für ihre Zwecke brauchen, kann nicht Grundlage der Zusammenarbeit sein. Selbst wenn sie ihn als „effektiven Multilateralismus“ bezeichnen. Effektiv ist er höchstens in Hinblick auf amerikanische Machtoptionen, nicht auf die vertiefte Zusammenarbeit mit der Völkergemeinschaft. Letztlich beweist auch das Irak-Desaster,

dass die transatlantischen Beziehungen neu fundiert werden müssen. Die im Ost-West-Konflikt gewachsene Verteidigungsidentität trägt nicht mehr. Eine neue transatlantische Agenda muss eine grundlegend neue Verständigung suchen. Die Beschwörung der westlichen Wertegemeinschaft täuscht nicht nur darüber hinweg, dass gerade in der Weltanschauung vieles überhaupt nicht mehr zusammen passt. Sie nimmt uns in den Augen der nicht-westlichen Welt auch in Mithaftung für die Fehler der Führungsmacht.

Bei allem Streit in der Sache haben die Amerikaner unsere Position letztlich verstanden. Auch wenn Bush und Schröder persönlich keine Freunde mehr wurden, auf der Ebene der Außenminister, auf der Ebene der Parlamentarier ging der kollegiale Kontakt weiter. Unseren Verbündeten war ein klares Wort letztlich lieber als das Geschleime, das manch einer gern mit Diplomatie verwechselt. Und nicht zuletzt: alle Kritik, die wir in Deutschland an der Irak-Politik der Bush-Administration formulierten, existierte genauso in den Staaten selbst. Wenn auch lange Zeit als Minderheitsmeinung. Öfters habe ich von US-Abgeordneten – wie auch von hiesigen CDU-Kollegen! – gehört: „Haltet bloß durch! Lasst Euch nicht klein kriegen!“

Teheran Oktober 2003, mit dem Auswärtigen Ausschuss bin ich im Iran. Wie sehen sie hier die Lage in ihrem Nachbarland? Auf der einen Seite befürchten sie, dass Unruhen aus dem Irak herüberschwappen, dass sich politische Verschiebungen in der Schiitischen Welt ergeben könnten. Aber objektiv hat der Irak-Krieg Iran gestärkt. Die Kraft im Mittleren Osten, welche die regionalen Herrschaftsambitionen des Iran ausbalancierte, ist verschwunden. Wir halten heute konzeptionell nicht viel von einer Außenpolitik, die auf der Balance von Drohung und Schrecken beruht. Aber 20 Jahre lang war das in der Region eine Realität. Die Realität wurde beseitigt, ohne dass eine durchdachte integrative Sicherheitsstrategie an ihre Stelle trat. Könnte der Iran in der Atomfrage heute so hoch pokern ohne die amerikanische Niederlage im Irak? Wohl kaum. Die Antwort da-

rauf kann nicht eine erneute Interventionsdrohung sein – die sich in der Praxis ebenso blamieren würde wie geschehen -, sondern nur eine regionale Sicherheitskonferenz, welche die Sicherheitsinteressen aller Staaten der Region ernst nimmt. Die Israels wie die des Iran. Integrativ statt konfrontativ. Der Weg dahin ist weit – aber letztlich ohne Alternative.

¹ <http://www.newamericancentury.org/lettersstatements.htm>: Letter to President Clinton on Iraq, January 26, 1998 (“...auf lange Sicht heißt dies, Saddam und sein Regime von der Macht zu verdrängen. Genau das muss nun das Ziel amerikanischer Außenpolitik werden. Wir drängen Sie, dieses Ziel zu formulieren und die Aufmerksamkeit Ihrer Administration der Durchsetzung einer Strategie zur Verdrängung Saddams von der Macht zuzuwenden. Dies wird den vollen Einsatz diplomatischer, politischer und militärischer Anstrengungen erfordern...”)

² Ebda: Letter to President Bush on the War on Terrorism, September 20, 2001. Interessant, dass die Neocons im weiteren Text dieses Briefs Colin Powell zuschreiben, Saddam Hussein im Zusammenhang mit Osama Bin Laden genannt zu haben. (“...Aber selbst wenn eine Verbindung des Irak mit den Attacken nicht unmittelbar erkennbar ist, muss jede Strategie zur Beseitigung des Terrorismus und seiner Förderer eine entschiedene Anstrengung einschließen, Saddam Hussein von der Macht im Irak zu entfernen. Unzulänglichkeiten beim Unternehmen einer solchen Anstrengung werden eine frühzeitige und vielleicht entscheidende Niederlage im Krieg gegen den internationalen Terrorismus begründen...”)

³ Blix, Hans (2004): Mission Irak. Wahrheit und Lügen. München, hier S. 197

⁴ Der Zwischenfall im Golf von Tonking war für die USA der Vorwand zum Eingreifen in Vietnam

⁵ Auch Blix datiert zu diesem Zeitpunkt die Entscheidungsfindung in der Bush-Administration, vgl. ebda. S. 24 und den Beginn der amerikanisch-britisch-spanischen Kampagne zur Irreführung der Weltöffentlichkeit, vgl. ebda., S.85

⁶ Und während dieses Kapitel geschrieben wird, zerlegt er bei den Kongresswahlen im Herbst 2006 Bushs Mehrheit